

Die europäischen Parteienzusammenschlüsse

RUDOLF HRBEK

Der Plan zur Abhaltung von Direktwahlen zum Europäischen Parlament (EP) wirkte als ein starker Impuls auf politische Parteien in den neun EG-Staaten, sich zu transnationalen Parteiföderationen (auch Parteibünde genannt) zusammenzuschließen¹. Internationale Parteienkooperation hat Tradition; die von den Christdemokraten, Liberalen und Sozialdemokraten/Sozialisten zwischen 1974 und 1976 gegründeten Parteibünde sollten aber mehr sein als die traditionellen Internationalen der Parteien mit ihrer eher lockeren und letztlich unverbindlichen Zusammenarbeit².

Ziele und Schwierigkeiten europäischer Parteienbünde

Zu den Zielen, die mit den neuen Parteibünden verfolgt wurden, gehörte die Formulierung gemeinsamer Programme oder wenigstens Wahlplattformen³; damit sollte gewährleistet werden, daß Parteien, die ein und demselben Parteibund angehören, im Wahlkampf im wesentlichen die gleichen Positionen vertreten. Die Analyse des Wahlkampfes hat ergeben, daß ungeachtet der Existenz solcher gemeinsamer Programme und Wahlauftrufe nationale Themen und Akzente dominierten⁴. Zu den Zielen gehörte weiterhin, den Fraktionen des Europäischen Parlaments eine bislang nicht vorhandene Basis und Verankerung in Parteiorganisationen auf Gemeinschaftsebene zu geben. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die Fraktionen bei der Entstehung der Parteibünde eine wichtige Sponsoren-Rolle gespielt hatten. Schließlich sollte mit den Parteibünden die politische Verknüpfung der nationalen mit der Gemeinschaftsebene bewerkstelligt werden; als Komponenten einer transnationalen politischen Infrastruktur – neben den bereits sehr viel länger existierenden und recht aktiv tätigen EG-weiten Interessenverbänden⁵ – sollten sie der Gemeinschaft Legitimität geben und ihre Entwicklung hin zu einem vollständigeren politischen System unterstützen.

So bemerkenswert die Schaffung der Parteibünde, das Bemühen um gemeinsame Programm-Aussagen, der Zwang zu intensiverem Austausch zwischen mehreren nationalen Parteien waren, so unverkennbar waren die Schwierigkeiten, handlungsfähige und programmatisch einigermaßen homogene Organisationen zu schaffen.

Der teilweise mühsame Weg zu gemeinsamen Programmformulierungen und die Allgemeinheit der dort gemachten Aussagen zeigten die große politische

Spannbreite innerhalb der einzelnen Bünde. Auch bei der Wahrnehmung anderer spezifischer Parteifunktionen traten sie kaum in Erscheinung: die Aufstellung von Kandidaten für die Direktwahlen blieb den jeweiligen nationalen Parteiorganisationen vorbehalten und der Wahlkampf wurde fast ausschließlich mit nationalen Parolen bestritten, der Wahlvorgang insgesamt stark unter nationalen parteipolitischen Gesichtspunkten und Bedürfnissen instrumentalisiert.

Traten die Parteibünde im Zusammenhang mit den Direktwahlen nicht allzu stark in den Vordergrund⁶, so stellte sich die Frage nach ihrer künftigen Aktivität und Entwicklung, wie sie sich etwa mit Blick auf die verschiedenen Zielsetzungen ergab. Für alle drei Parteibünde – die Europäische Volkspartei (EVP) als Zusammenschluß der Christdemokraten, die Europäischen Liberalen Demokraten (ELD) als Zusammenschluß liberaler Parteien und der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG als Zusammenschluß von Parteien des demokratischen Sozialismus – kann zunächst gesagt werden, daß sie nach den Direktwahlen auf die interne Diskussion und Entwicklung nationaler Parteien so gut wie gar nicht gewirkt haben. Dem entspricht, daß die Parteibünde in den Aktivitäten nationaler Parteien kaum Bedeutung gehabt haben und nur sehr am Rande beachtet wurden.

Was das Verhältnis der Parteibünde zu den Fraktionen im Europäischen Parlament angeht, so verlagerte sich das Schwergewicht sehr schnell wieder auf die Fraktionen. Die Programmaussagen der Bünde eigneten sich eben kaum als Grundlage für die praktische Alltagsarbeit des Parlaments. Dazu kam, daß die Arbeit in der Straßburger Versammlung recht schnell eine eigene Dynamik entwickelte; selbst wenn die Parteibünde eine Vielzahl sehr präziser Vorgaben geliefert hätten, wäre ihre Umsetzung angesichts mancher der für das EP bestimmenden Rahmenbedingungen überaus schwierig gewesen.

Nach diesen eher allgemeinen Feststellungen sollen Politik und Entwicklung der Parteibünde im Detail geschildert werden.

Die Europäischen Liberalen Demokraten (ELD)

Die Europäischen Liberalen Demokraten (ELD) hielten ihren ersten Kongreß nach den Direktwahlen zum Europäischen Parlament am 15./16. Februar 1980 in Paris ab⁷. Neben den Delegierten von 11 Mitgliedsparteien aus 8 Staaten (Irland ist mit keiner Partei vertreten) gehörten die ELD-Fraktion im EP sowie 8 Vertreter der Jugendorganisation L.Y.M.E.C. (Liberal and Radical Youth Movement of the European Community) zu den Kongreßdelegierten. Als Beobachter nahmen Vertreter von Parteien aus den drei südeuropäischen Ländern, die sich um EG-Mitgliedschaft bemühen, teil: der griechischen ND (Neue Demokratie), der spanischen UCD (Demokratisches Zentrum) und der portugiesischen PSD (Sozialdemokratische Partei).

Die ELD ist bestrebt, diese Parteien (oder mindestens wichtige ihrer Flügel) rechtzeitig an sich zu binden, um nach vollzogenem Beitritt dieser Länder das eigene Gewicht innerhalb des Parteienspektrums, aber auch des EP-Fraktions-

spektrums, zu verstärken. Das mag im Fall der portugiesischen PSD noch am ehesten gelingen; diese Partei konkurriert mit der Sozialistischen Partei Portugals, die dem Bund der Sozialdemokratischen Parteien angehört, und sie umfaßt neben sozialdemokratisch-reformistisch orientierten vor allem liberale Kräfte. Die griechische ND ist mehrheitlich eher konservativ und gegenüber liberalen Positionen im Sinn der ELD-Hauptströmung reserviert bis ablehnend eingestellt; das erklärt auch, warum sich die für das EP benannten ND-Abgeordneten entschlossen haben, zunächst bei der christlich-demokratischen EVP-Fraktion mitzuarbeiten. Auch die spanische UCD umspannt ein zu weites politisches Spektrum, als daß sich die Mitgliedschaft bei der ELD gleichsam von selbst anbieten würde.

In den Wahlen wurde Gaston Thorn als Präsident der ELD bestätigt, desgleichen Willy de Clercq als einer der Vizepräsidenten. Als zweiter wurde als Nachfolger von Martin Bangemann, dem Vorsitzenden der ELD-Fraktion im EP, Jean François Pintat (bis zur Direktwahl Fraktionsvorsitzender) gewählt. Schatzmeister (Friedhelm Fabers) und Generalsekretär (Florus Wijsenbeek) blieben im Amt. Im Exekutiv-Komitee gab es kleinere Veränderungen.

Der Kongreß konzentrierte sich auf zwei Hauptthemen, denen die ELD bereits früher viel Aufmerksamkeit gewidmet hatte. Erstens ging es um das Wahlverfahren für direkte Wahlen zum EP. Hier forderten die Delegierten in einer Entschliebung, daß 1984 ein einheitliches Wahlverfahren praktiziert werden soll. Als Hauptmerkmal müsse die Proportionalität – ggf. durch Verhältnisausgleich – gewährleistet sein; diese Forderung richtet sich primär an Großbritannien, dessen Mehrheitswahlrecht die Liberal Party stark benachteiligt. Auch Sperrklauseln werden abgelehnt. Das Wahlrecht soll entweder im Heimat- oder im Wohnsitzland ausgeübt werden können.

Zweitens beschlossen die Delegierten eine Entschliebung zur Ausweitung der Menschen- und Sozialrechte in der EG. Im einzelnen forderten sie den Beitritt der EG zur Europäischen Menschenrechtskonvention und deren Ausweitung (z.B. Verbot der Todesstrafe, Recht auf Kriegsdienstverweigerung, Recht des Einzelnen auf Zugang zum öffentlichen Dienst „ohne Rücksicht auf seine politischen Überzeugungen unter dem allgemeinen Gesichtspunkt der Gleichheit, jedoch mit Ausschluß des Sicherheitsbereichs“), die Verabschiedung einer Charta der bürgerlichen und politischen Rechte durch das EP (z.B. „Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen“, Konsultationsrecht „zu Beschlüssen der lokalen oder nationalen Behörden, . . . die ihn oder seine Gemeinde unmittelbar betreffen“), Chartas für den Schutz kultureller, ethnischer und sprachlicher Minderheiten sowie eine neue Charta für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, da die derzeitige Sozialcharta des Europarates als relativ unwirksam angesehen werden müsse. Bei den Diskussionen und Abstimmungen zu einzelnen dieser Punkte zeigten sich Gegensätze, die häufig quer durch nationale Delegationen gingen (z.B. in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs, wo die Frau innerhalb der ersten drei Monate allein entscheiden können soll; oder wenn neben der Fa-

milie auch „alternative Formen des Zusammenlebens“ genannt werden), aber auch Sonderpositionen einzelner Parteien deutlich machten (so bei der Haltung französischer Parteien zur Todesstrafe).

Das Exekutiv-Komitee tagte 1980 mehrmals. Wichtig waren die Sitzungen am 18./19. Juni in Straßburg, wo nicht nur aktuelle Fragen (die für die Liberalen günstige Situation nach dem Regierungswechsel in Belgien und Italien, der Gipfel in Venedig) besprochen, sondern ein neues Programm-Komitee (Vorsitz: Malagodi) und eine Arbeitsgruppe für Medienfragen (Vorsitz: H. Schäfer) eingesetzt wurden; außerdem die Sitzung am 30./31. Oktober in Athen (zusammen mit der EP-Fraktion), bei der es – wiederum neben aktuellen Themen – um die Fraktionszugehörigkeit der 15 ND-Abgeordneten ging.

Im September trafen sich die liberalen Fraktionsvorsitzenden in Bonn und beschlossen, sich künftig zweimal jährlich zu treffen, um ihre Arbeit besser koordinieren zu können und eine engere Kooperation zwischen EP-Abgeordneten und ihren jeweiligen nationalen Parlamenten zu ermöglichen.

Interessante Aktivitäten der ELD sind einmal die Herausgabe einer vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Présence Libérale“ als Forum liberalen Gedankenguts durch die EP-Fraktion, sodann die „Aktion Partnerschaft“. Hier geht es darum, transnationale Verbindungen zwischen Parteigliederungen oder einzelnen Parteimitgliedern, die während der Vorbereitung der ersten Direktwahl angeknüpft wurden, zu stabilisieren und nach Möglichkeit zu intensivieren und auszuweiten⁸.

Der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG

Der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG hielt seinen ersten Kongreß nach den Direktwahlen am 3. und 4. März 1980 in Luxemburg ab⁹. 14 Parteien aus 11 Ländern waren mit stimmberechtigten Delegierten vertreten; neben den Parteien des demokratischen Sozialismus, die zugleich der Sozialistischen Internationale angehören – der Bund versteht sich als eine Regionalorganisation der Internationale – aus den 9 Mitgliedstaaten der EG, nahmen erstmals nach ihrer im Januar 1979 erfolgten Aufnahme in den Bund Vertreter der spanischen PSOE und der portugiesischen PSP teil. Aus Griechenland waren als Beobachter Vertreter von zwei kleineren Parteien (Union des demokratischen Zentrums EDIK und Partei des demokratischen Sozialismus KODISO) anwesend, nicht dagegen die große Oppositionspartei PASOK unter Andreas Papandreou, die auch der Internationale nicht angehört. PASOK will sich der sozialistischen EP-Fraktion anschließen, aber dabei doch ein hohes Maß an Unabhängigkeit bewahren, wie in einem im Mai 1980 in Athen zwischen Papandreou und dem EP-Fraktionsvorstand geführten Gespräch deutlich wurde¹⁰.

Der Kongreß wählte den Holländer Joop den Uyl – Vorsitzender der niederländischen Partei der Arbeit, Vizepräsident der Internationale und ehemaliger Ministerpräsident seines Landes – als Nachfolger des Franzosen Robert Pontillon zum Präsidenten des Bundes. Im Dezember 1980 wurde – vom Büro des

Bundes – ein weiterer Personalwechsel vorgenommen: der Holländer Dick Toornstra wurde anstelle von Manfred Michel, der einen Posten als Generaldirektor beim EP übernahm, neuer Generalsekretär.

Auf dem Kongreß wurde das neue Statut des Bundes beschlossen. Die Bestimmungen bestätigten, was auch in Beiträgen führender Repräsentanten deutlich ausgedrückt wurde: daß nicht an die Errichtung einer „Super“-Partei und nicht an die Einschränkung der Souveränität der Mitgliedsparteien gedacht ist. Art. 7 lautet: „In allen Organen des Bundes ist eine möglichst weitgehende Übereinstimmung zwischen allen Mitgliedsparteien anzustreben, und die politischen Beschlüsse müssen auf der Grundlage eines Konsensus getroffen werden.“ Das Büro des Bundes ist nicht das oberste, wohl aber das wichtigste Organ: es bereitet die Arbeit des alle zwei Jahre tagenden Kongresses inhaltlich vor, führt dessen Entscheidungen aus und „bestimmt die politischen Richtlinien . . . zwischen den Kongressen“. Jede Mitgliedspartei sowie der Vorsitzende der EP-Fraktion verfügen über eine Stimme, unabhängig von Größe und Bedeutung der einzelnen Partei, worin das Konsensprinzip klar zum Ausdruck kommt.

Der Kongreß befaßte sich mit drei Hauptthemen. Im Mittelpunkt stand „die sozialistische Antwort auf Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit“. Der neue Vorsitzende empfahl mehr internationale und nationale Kontrolle und Planung des Wirtschaftsprozesses, verstärkte Initiativen der öffentlichen Hand und Arbeitszeitverkürzung um 10% binnen vier Jahren. Der Beitrag des zweiten Hauptredners, des Briten Tony Benn, zeigte tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bundes. Der Labour-Politiker sprach sich nicht nur gegen jede Verstärkung der Gemeinschaftskompetenz aus, er forderte nachdrücklich die Rückkehr zur nationalen Selbstregierung, erteilte also dem Gemeinschaftssystem eine Absage. Demgegenüber sehen kontinental-europäische Sozialisten in der EG einen – wenn auch reformbedürftigen – Rahmen zur Problemlösung.

Das zweite Hauptthema, zu dem u.a. François Mitterand einen Bericht präsentierte, war „neuen Freiheitsräumen“ gewidmet. Ihre Durchsetzung sei mit ihrer Kontrolle durch die Arbeitnehmer identisch. Im einzelnen sei darunter Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zu verstehen; z.B. die Unternehmenskontrolle durch die Arbeiter, die Kontrolle der Gemeinden gegen Ansprüche eines zentralistischen Staatsapparates, die Emanzipation der Frauen. Das dritte Hauptthema war „Europa als Friedensfaktor“, mit Willy Brandt und Felipe Gonzalez als Hauptrednern.

Der Vorsitzende der EP-Fraktion, Glinne, berichtete ausführlich über die Aktivitäten der Fraktion und die Konstellation im Europäischen Parlament, die von einem konservativen Mehrheitsblock aus Christdemokraten, Liberalen und Konservativen bestimmt werde. Die Sozialisten seien hier fast ständig in eine Minderheitenrolle abgedrängt. Mehrere Debattenbeiträge machten deutlich, daß die Beziehungen des Bundes zur Fraktion keineswegs als befriedigend angesehen werden.

Es war offensichtlich die Konstellation im EP, die das Motto des Kongresses

bestimmte: „Gegen Rechts in Europa“. Auf dem Kongreß wurde nicht nur gegen die politische Rechte in der EG polemisiert, es wurde auch das Entstehen „progressiver Mehrheiten“ über die Grenzen von Nationalität und Parteizugehörigkeit hinweg als notwendig und erstrebenswert bezeichnet. Als Bündnispartner wurden „linke Christdemokraten“ – insbesondere aus dem Gewerkschaftslager –, aber auch Kommunisten genannt. Konkret waren damit die italienischen Kommunisten gemeint, deren Fraktionsgemeinschaft mit der französischen KP mehr oder weniger nur noch auf dem Papier steht. In diesem Zusammenhang sind Tendenzen registriert worden, die auf die Möglichkeit der Formierung einer „Euro-Linken“ hinweisen. Dazu zählen Zusammenkünfte des italienischen KP-Chefs Berlinguer mit Brandt und Mitterrand¹¹, aber auch heftige Kritik des französischen KP-Führers Marchais an Berlinguer wegen solcher Aktivitäten¹². Solche bilateralen Spitzenbegegnungen wurden durch multilaterale Konferenzen von Parteexperten ergänzt.

Das Büro des Bundes tagte 1980 insgesamt sechsmal. Dabei standen aktuelle politische Sachfragen ebenso auf der Tagesordnung wie Fragen des Verhältnisses zum politischen Gegner. So wurde beispielsweise auf der September-Sitzung in Brüssel gegen die entspannungsfeindliche Haltung der EVP sowie gegen Tendenzen bei den Christdemokraten Front gemacht, Europa als militärische Supermacht einschließlich einer nuklearen Komponente zu entwickeln.

Der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund EGB wird große Bedeutung beigemessen, dessen Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterstützt. Der Bund suchte auch den Kontakt mit Parteien des demokratischen Sozialismus aus europäischen Nicht-Mitgliedstaaten; dazu wurde im Oktober ein Informationsseminar zusammen mit der Jean-Jaurès-Stiftung abgehalten. Der Bund verfügt über kein eigenes Publikationsorgan, sondern bedient sich der Zeitschrift der EP-Fraktion EUSO.

Die Europäische Volkspartei (EVP)

Die Europäische Volkspartei (EVP) hielt ihren ersten Kongreß nach den Direktwahlen am 1. und 2. September 1980 in Köln ab¹³. Wesentliches Ziel waren Standortbestimmung und Formulierung der Zukunftsperspektive. Entweder könne sich die EVP zu einer fest und gut durchorganisierten Partei entwickeln oder sie bleibe auf lockere Kooperation beschränkt. Verbunden mit dem Anspruch, die Partei der europäischen Einigung zu sein, proklamierte ihr Präsident Tindemans als Ziel die Etablierung einer einzigen christlichen Partei. In diesem Zusammenhang wurde die ganz konkrete Frage der für eine handlungsfähige Parteiorganisation erforderlichen Finanzmittel aufgeworfen, die noch nicht befriedigend gelöst sei. Aus einzelnen Äußerungen ergibt sich, daß die einzige Lösung in Zuwendungen seitens der Gemeinschaft – im Sinne einer öffentlichen (Teil-)Finanzierung von Parteien – gesehen wird.

Ein wesentlicher politischer Programmpunkt der EVP, der auch während des Kongresses im Vordergrund stand, bezieht sich auf die außenpolitische Rolle der

Gemeinschaft. Einigkeit besteht darüber, die EG zu einem Akteur zu entwickeln, der mit einer Stimme spricht. Weitgehende Einigkeit besteht auch über die Notwendigkeit, Fragen der militärischen Sicherheit und Verteidigung verstärkt im Gemeinschaftsrahmen zu behandeln. Wenn unter Hinweis auf expansionistische Bestrebungen der Sowjetunion die Kontrolle über Energiequellen als wichtige strategische Aufgabe erklärt, die vordringliche Behandlung der Menschenrechtsfrage auf der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid gefordert und für erhöhte Verteidigungsanstrengungen Westeuropas plädiert wird, wenn schließlich von deutlich wahrnehmbaren Neutralismus-Tendenzen, verbunden mit wachsenden anti-amerikanischen Strömungen in West-Europa gesprochen und diese scharf kritisiert werden, dann zeigt sich darin, daß für die EVP Kategorien des Ost-West-Konflikts eine wichtige Rolle spielen und die „Euro-Linké“ als innenpolitischer Hauptgegner gilt. Auffassungsunterschiede werden aber auch innerhalb der EVP erkennbar, wenn in diesem Kontext einerseits eine eigenständige Rolle Europas – und das heißt im Verständnis des Franzosen Lecanuet auch die stärkere Unabhängigkeit von den USA – gefordert, andererseits jede Abkoppelung von den USA, wie es Tindemans und Strauß taten, als gefährlich bezeichnet wird¹⁴.

Mindestens Akzentunterschiede wurden auf dem Kongreß auch auf wirtschaftlichen Gebiet erkennbar, wenn einerseits – wiederum von Lecanuet – die Anwendung (flexibler) Methoden der Planung als unerläßlich bezeichnet wird, andererseits für eine von planerischen Interventionen freie Wirtschaft plädiert wird¹⁵. Solche Divergenzen waren wohl auch der Grund dafür, daß die Beratung konkreter Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit in das Politische Büro der EVP verwiesen wurde. Über Details von Arbeitszeitverkürzungen sowie der Umverteilung verfügbarer Arbeit konnte offenbar noch keine Übereinstimmung erzielt werden.

Das Politische Büro der EVP trat 1980 wie üblich mehrmals zusammen und beriet aktuelle bzw. grundsätzliche Fragen der Gemeinschaftspolitik und -entwicklung. Dabei wurde, neben der außenpolitischen Rolle der EG, das Hauptaugenmerk auch auf die institutionelle Weiterentwicklung gelegt. Im Sinne der Aussagen des vor den Direktwahlen beschlossenen politischen Programms der EVP wird gefordert, daß das EP mehr Mitwirkungsrechte bei der gemeinschaftlichen Rechtsetzung erhalten, die Kommission ihre Rolle als Initiativorgan wirksamer wahrnehmen und der Rat weniger als intergouvernementale Konferenz, sondern mehr als Gemeinschaftsorgan fungieren sollten. Für die Neubesetzung der EG-Kommission, die zum Jahresende anstand, wurde die angemessene Berücksichtigung der politischen Stärkeverhältnisse angemahnt.

Um politische Positionen der EVP besser und wirksamer zur Geltung zu bringen, plante das Politische Büro bereits zu Jahresbeginn 1980 die intensivere Koordination zwischen EVP-Repräsentanten und christlich-demokratischen Mitgliedern nationaler Regierungen vor einzelnen Tagungen der EG-Organé. Was das Verhältnis der EVP zur Fraktion im Europäischen Parlament angeht, so

hat sich letztere unter der Führung ihres Vorsitzenden Egon Klepsch zu einer relativ homogenen und damit sehr handlungsfähigen politischen Kraft – im EP, aber eben auch innerhalb der EVP – entwickelt. Die relative Autonomie der Fraktion dürfte auch durch den Umstand gefördert werden, daß an den Sitzungen des Politischen Büros häufig nicht alle Parteien durch ihre erste Garnitur vertreten werden.

Mit der im Juni 1980 erfolgten Gründung der Europäischen Mittelstandvereinigung der EVP¹⁶ wurde eine organisatorische Ausdifferenzierung vorgenommen, die in der Struktur einzelner Mitgliedsparteien (wie der CDU) ein Vorbild hat. Ziel ist, einen enger begrenzten Personenkreis direkt anzusprechen und spezifische Interessen gezielter und wirksamer vertreten zu können.

Die Europäische Demokratische Union (EDU)

Das Spektrum von Parteien-Formationen auf europäischer Ebene wird seit April 1978 ergänzt durch die damals gegründete Europäische Demokratische Union (EDU), die sich „Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer, Konservativer und anderer nichtkollektivistischer Parteien“ nannte. Das Selbstverständnis dieser Gruppierung geht dahin, die Kräfte der politischen Mitte zu sammeln und als Organisation ein Gegengewicht zur Sozialistischen Internationale darzustellen¹⁷.

Die EDU ist nicht auf Parteien aus Mitgliedstaaten der EG beschränkt, sondern will ausdrücklich einen Rahmen für ideologisch verwandte Parteien in ganz Europa bilden. Dabei geht es insbesondere um zweierlei: Parteien aus den südeuropäischen Beitrittsländern sollen einen Rahmen vorfinden und eingebunden werden; zweitens sollen für die Arbeit im EP Koalitionen über Fraktionsgrenzen hinweg vorbereitet werden. Auf dem Parteiführertreffen am 11. und 12. Juli 1980 in Schloß Klesheim bei Salzburg¹⁸ wurde darüberhinaus die Absicht der EDU erkennbar, außereuropäische Parteien als assoziierte Mitglieder (Beobachter) einzubeziehen; eine kanadische Partei war bereits anwesend. Die EDU ist allerdings um eine klare Abgrenzung nach rechts bemüht, wie sich an der sehr reservierten Reaktion gegenüber Sondierungen des israelischen Likud-Blocks zeigte.

12 Parteien sind Mitglieder, 8 Ständige Beobachter, 3 weitere lediglich Beobachter. Den Status des Ständigen Beobachters haben auch 3 Vereinigungen: Demokratischer Jugendverband (DEMYC), Europäische Demokratische Studenten (EDS), Europäische Frauen-Union (EFU). Es war ein Problem für die EDU, daß einzelne christlich-demokratische Parteien aus den Benelux-Staaten und aus Italien, die der EVP angehören, nicht zur Mitarbeit bereit waren. Auf dem Parteiführertreffen 1980 waren die belgische PSC als Beobachter sowie ein italienischer Christdemokrat als Teilnehmer vertreten. Das Problem insgesamt besteht also weiter; es geht auf die Einschätzung der EDU als (zu) konservativ seitens der genannten Parteien zurück.

Der Bundesparteiohmann der Österreichischen Volkspartei, Alois Mock,

wurde als Vorsitzender bestätigt; der von ihm zu bestellende Exekutivsekretär, Andreas Khol (ebenfalls ÖVP), amtiert weiter.

Die beim Parteiführertreffen behandelten Themen zeigen die politischen Schwerpunkte der EDU-Arbeit, sowie dabei vertretene Positionen. Auf der Grundlage von Vorarbeiten durch Unterausschüsse – sie waren beim Parteiführertreffen 1979 in London eingesetzt worden – beriet die Konferenz über folgende Fragen: „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“: hier wurden die Unteilbarkeit der Entspannung bekräftigt und Tendenzen eines verstärkt zutage tretenden Euro-Neutralismus zurückgewiesen; der Solidarität mit den USA wird hohe Priorität zugeschrieben. „Europäische Strukturen und Europäische Politik“: hier wurde die Süderweiterung begrüßt, zugleich aber – mehrheitlich (gegen die französische RPR) – unterstrichen, daß dies mit einer Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen einhergehen müßte. „Wirtschaft, Staat und Gesellschaft“, „Die Europäische Linke“ und „Familienpolitik“ waren weitere Themen.

Für das Arbeitsjahr 1980/81 wurden eine Reihe von Unterausschüssen und Expertengruppen eingesetzt, die sich mit folgenden Themen befassen und der 1981er Konferenz Beratungs- und Beschlußunterlagen vorlegen sollen: „Europäische Strukturen und Europäische Politik“, „Schul- und Hochschulpolitik“, „Neue Medien“, „Gewerkschaftsfragen“, „Die europäische Linke“, „Wahlkampftechnik“ sowie „Fortschreibung der Erklärung von Kleßheim“.

Anmerkungen

- 1 Das grundlegende Werk über die europäischen Parteienbünde bis zur Zeit vor der Direktwahl ist: Norbert Gresch, *Transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG*, Baden-Baden 1978.
- 2 Einen Gesamtüberblick über „Entwicklung und Funktion politischer Parteien in den internationalen Beziehungen“ (so der Untertitel) versucht Peter Pawelka in seinem Beitrag „Transnationale Parteiensysteme und Eurokommunismus“, in: Hans-Georg Wehling u. Peter Pawelka (Hrsg.), *Eurokommunismus und die Zukunft des Westens*, Heidelberg/Hamburg 1979, S. 19-55.
- 3 Über die Schwierigkeiten der Parteienbünde bei der Suche nach gemeinsamen Programmaussagen informiert in einem zusammenfassenden Überblick Rudolf Hrbek, „Parteienbünde in der Europäischen Gemeinschaft auf dem Weg zu programmatischem Profil“, in: *Europa-Archiv*, 33. Jg. 10/1978, S. 299-310.
- 4 Eine erste Wahlkampf-Analyse stellt die Arbeit von Hans-Dieter Heumann u. Eva-Rose Karnofsky (*Der Wahlkampf zum Europa-Parlament. Eine Analyse europäischer Zeitungen*, Bonn 1980) dar. Ende 1981 wird in den USA eine größere Analyse erscheinen: Karl H. Cerny (Hrsg.), *Europe at the polls: The European Parliament Election of 1979*; die Arbeit wird in der vom American Enterprise Institute for Public Policy Research herausgegebenen Reihe der Wahlanalysen erscheinen. Eine Reihe interessanter Aspekte enthält die den Direktwahlen gewidmete Sonderausgabe des *European Journal of Political Research* Bd. 8, Nr. 1 (März 1980), in der einige Ergebnisse einer groß angelegten „European Elections Study“ veröffentlicht wurden.
- 5 Vgl. dazu die einschlägigen Beiträge in diesem Jahrbuch.

- 6 Vgl. dazu Rudolf Hrbek; Die EG nach den Direktwahlen. Bilanz und Perspektiven, in: Integration, 3/1979, S. 95-109.
- 7 Über den Verlauf des Kongresses informiert die von der ELD herausgegebene Veröffentlichung: ELD-Congrès de Paris 1980.
- 8 In einer vom Generalsekretariat der ELD herausgegebenen Broschüre sind Namen und Adressen von Parteimitgliedern bzw. Parteiorganisationen der Mitgliedparteien aufgelistet.
- 9 Über den Verlauf des Kongresses informiert die von der Sozialistischen Fraktion des EP herausgegebene Veröffentlichung (Nr. 3/1980): „XI. Kongreß Luxemburg 3.-4. März 1980“.
- 10 Vgl. VWD Nr. 89 vom 9.5.1980.
- 11 Vgl. VWD Nr. 52 vom 14.3.1980.
- 12 Vgl. VWD Nr. 63 vom 29.3.1980.
- 13 Vgl. zum Verlauf des Kongresses z.B. VWD Nr. 167 vom 2.9.1980 und Nr. 169 vom 4.9.1980.
- 14 Vgl. dazu den Bericht in der FAZ vom 3.9.1980.
- 15 Ebenda.
- 16 Vgl. dazu den Bericht in Bayern Kurier vom 21.6.1980.
- 17 Vgl. dazu die Beiträge von Andreas Khol in: „Österreichische Monatshefte. Zeitschrift für Politik“, 5/1978 und 9/1979; jeweils ergänzt durch Materialien und Übersichten; sowie den Aufsatz von Alfred Stirnemann: Die Internationalen der Politischen Mitte. Der Europawahlkampf und seine Auswirkungen, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1978, S. 245-311; insbes. S. 290-297.
- 18 Vgl. dazu die vom Zentralbüro der EDU in Wien herausgegebenen Kongreß-Materialien und Protokolle.

Weiterführende Literatur

- Bangemann, Martin, Roland Bieber, Egon Klepsch u. Horst Seefeld, Programme für Europa. Die Programme der europäischen Parteienbünde zur Europa-Wahl 1979, Bonn 1978.
- Gresch, Norbert, Transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG, Baden-Baden 1978.
- Hrbek, Rudolf, Parteienbünde in der Europäischen Gemeinschaft auf dem Weg zu programmatischem Profil, in: Europa-Archiv, 33. Jg. 10/1978, S. 299-310.

- Pridham, Geoffrey und Pippa, Transnational Parties in the European Community. I: The Party Groups in the European Parliament. II: The Development of Party Federations, in: St. Henig (Ed.), Political Parties in the European Community, London 1979.
- Stammen, Theo, Parteien in Europa, 2. Aufl., München 1978.
- Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa. Auf dem Weg zu einer neuen politischen Infrastruktur, Bonn 1976.